

## **Merkblatt für Schulleitungen zum Umgang mit Mund-Nasen-Schutz an Schulen in öffentlicher Trägerschaft**

**Stand: 9. April 2021**

Dieses Merkblatt dient als interne Arbeitshilfe zum schnellen Überblick für Schulleiterinnen und Schulleiter öffentlicher Schulen. Es bildet die Regelungen der seit dem 1. April 2021 geltenden Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung (SächsCoronaSchVO) vom 29. März 2021 (SächsGVBl. S. 334)<sup>1</sup>, die mit Ablauf des 18. April 2021 außer Kraft tritt, ab. Weitergehende Bewertungen enthält das Merkblatt nicht.

Im schulischen Bereich ist eine medizinische Gesichtsmaske (sog. OP-Maske) oder FFP2-Maske oder vergleichbare Atemschutzmaske (nach dem Standard KN95/N95), jeweils ohne Ausatemventil, zu tragen<sup>2</sup>. Mund-Nasenbedeckungen (sog. Alltagsmasken etc.) sind nicht ausreichend.

Eine Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes besteht nach § 5b Absatz 1 SächsCoronaSchVO vor dem Eingangsbereich von Schulen und Schulinternaten (ausgenommen Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres, s. § 5b Absatz 1 Nummer 1 SächsCoronaSchVO). Eine Tragepflicht gilt auch in Schulgebäuden, auf dem sonstigen Gelände von Schulen, in Schulinternaten sowie bei schulischen Veranstaltungen; mit folgenden Ausnahmen, die allerdings nur für Schülerinnen, Schüler, schulisches Personal und Hortpersonal gelten (s. § 5b Absatz 1 Nummer 3 SächsCoronaSchVO):

- a) auf dem Außengelände, wenn der Mindestabstand von 1,5 Metern eingehalten wird,
- b) in der Primarstufe innerhalb der Unterrichtsräume,
- c) in Horten innerhalb der Gruppenräume,
- d) auf dem Außengelände von Grund- und Förderschulen sowie Horten unter Beibehaltung der festen Klassen und Gruppen,
- e) im Unterricht an Förderschulen der Sekundarstufe I,
- f) im Unterricht der Werkstufe der Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung,
- g) im inklusiven Unterricht für die Förderschwerpunkte Hören und Sprache,
- h) im Sportunterricht, wenn der Mindestabstand von 1,5 Metern eingehalten wird,
- i) zur Aufnahme von Speisen und Getränken im Schulgebäude und
- j) bei der Abnahme von Tests auf das Coronavirus SARS-CoV-2.

Mit der Änderung in Buchstabe a gilt nunmehr grundsätzlich ab der Sekundarstufe I auch im Schulgebäude und insbesondere auch im Unterricht die Verpflichtung zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, unabhängig davon, ob der Mindestabstand von 1,5 Metern eingehalten wird oder nicht. Der neu eingefügte Buchstabe h berücksichtigt jedoch Besonderheiten des Sportunterrichts.

Weitergehende Verpflichtungen zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes bestehen im schulischen Bereich derzeit nicht. Die zuständigen kommunalen Behörden können jedoch abhängig von der regionalen Infektionslage weitergehende Verpflichtungen zum Tragen von Masken (z. B. im Unterricht der Primarstufe) anordnen, s. § 8d Absatz 1 SächsCoronaSchVO. Durch die Schule ist dies weder für den Unterricht noch außerhalb des Unterrichts möglich; nur auf freiwilliger Basis. Auch im Hygieneplan können aus triftigem Grund nur Ausnahmen von der Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes vorgesehen werden, nicht aber weitergehende Verpflichtungen, s. § 5c Absatz 3 SächsCoronaSchVO.

<sup>1</sup> Abrufbar unter <https://www.coronavirus.sachsen.de/>.

<sup>2</sup> Medizinische Gesichtsmaske und FFP2-Maske oder vergleichbare Atemschutzmaske werden nachfolgend als Mund-Nasen-Schutz bezeichnet.

Zur Glaubhaftmachung einer Befreiung von der Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes genügt die Gewährung der Einsichtnahme in ein ärztliches Attest, welches die gesundheitliche Einschränkung sowie die durch die Erfüllung der Pflicht zu erwartenden Beeinträchtigungen benennt und erkennen lassen soll, auf welcher Grundlage die Ärztin oder der Arzt zu dieser Einschätzung gelangt ist. Damit werden inhaltliche Anforderungen an das Attest gestellt. Diese Auffassung hat sich in der Rechtsprechung weitgehend durchgesetzt und Eingang in die SächsCoronaSchVO gefunden (s. § 5b Absatz 3 SächsCoronaSchVO).<sup>3</sup> Das Attest soll einen rechtlichen Vorteil bewirken, nämlich die Befreiung von der Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes. Daher muss die Schulleitung aufgrund konkreter und nachvollziehbarer Angaben in den ärztlichen Bescheinigungen in die Lage versetzt werden, das Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen zu prüfen. Über den Inhalt der enthaltenen Gesundheitsdaten ist Stillschweigen zu bewahren. Wer vorsätzlich nicht Stillschweigen über die in dem ärztlichen Attest enthaltenen Gesundheitsdaten bewahrt, handelt ordnungswidrig, s. § 11 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe g SächsCoronaSchVO.

Schulen sind befugt, von dem ärztlichen Attest, mit dem eine Befreiung glaubhaft gemacht wird, eine analoge oder digitale Kopie zu fertigen und diese aufzubewahren. Der Vorlegende hat dies zu ermöglichen und zu dulden. Das Original des Attests darf nur mit Zustimmung des Vorlegenden aufbewahrt werden. Die Kopie oder das Attest ist vor unbefugtem Zugriff zu sichern und nach Ablauf des Zeitraumes, für welchen das Attest gilt, unverzüglich zu löschen oder zu vernichten, spätestens jedoch (insb. bei zeitlich unbeschränkten Attesten) mit Ablauf des Jahres 2021, s. § 5b Absatz 4 SächsCoronaSchVO.

Die Maßnahmen dienen dem Schutz der Gesundheit und des Lebens von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften etc.

Werden Verstöße gegen die Verpflichtung zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes festgestellt, sind die betroffenen Personen auf die Verpflichtung hinzuweisen und ihnen ist Gelegenheit zu geben, den Mund-Nasen-Schutz anzulegen. Für den Fall, dass Personen einen Mund-Nasen-Schutz versehentlich nicht mitgeführt haben, sollte Mund-Nasen-Schutz in hinreichender Zahl in der Schule vorgehalten werden.

Sollte der Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes trotz des Hinweises nicht Folge geleistet werden, sind erwachsene Personen aufzufordern, das Schulgelände sofort zu verlassen. Wird dieser Aufforderung nicht nachgekommen, kann um polizeiliche Unterstützung ersucht werden. Bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern sind die Personensorgeberechtigten zu informieren. Bis zur Abholung durch einen Personensorgeberechtigten oder Bevollmächtigten sind die minderjährigen Schülerinnen und Schüler in einem separaten Raum unterzubringen; die Aufsichtspflicht besteht bis zur Abholung fort.

Bei Verstößen an den Folgetagen ist entsprechend zu verfahren. Durch die Schulleitung ist zu prüfen, ob Ordnungsmaßnahmen gegenüber der Schülerin oder dem Schüler zu veranlassen sind und ein Antrag auf Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens wegen Verstoßes gegen die Schulpflicht zu stellen ist.

---

<sup>3</sup> Siehe hierzu auch die Pressemitteilung der Sächsischen Landesärztekammer vom 9. November 2020, abrufbar unter <https://www.slaek.de/de/04/pressemitteilungen/2020/inhaltliche-vorgaben-fuer-ein-aerztliches-attest.php>.